

**Gemeinsamer Antrag
der FDP-Fraktion und der DWG-Fraktion**

öffentlich

Zur Sitzung	Sitzungstermin	Behandlung
Rat der Stadt	09.12.2013	Entscheidung

Betreff

Inhalte des "Zentrums für Erinnerungskultur, Menschenrechte und Demokratie"

Inhalt

Der Oberbürgermeister wird gebeten zu prüfen, ob in den Planungen der Ausstellungsinhalte des „Zentrums für Erinnerungskultur, Menschenrechte und Demokratie“ weitere Thematiken von Menschenrechts- und Demokratieverletzungen mit Bezug zu Duisburg, wie z. B. von aus dem SED-Regime in der DDR nach Duisburg geflüchteten, abgeschobenen oder freigekauften Mitbürgern oder durch religiösen Extremismus, z. B. Salafismus, in Duisburg berücksichtigt werden sollten.

Begründung:

Mit der Umbenennung des geplanten „NS-Dokumentationszentrums“ zum „Zentrum für Erinnerungskultur, Menschenrechte und Demokratie“ wird der geplanten Gedenkstätte über das NS-Unrecht hinaus eine wesentlich weitreichendere Thematik per Namensgebung zugeordnet als an Inhalten bis dato geplant.

Mit dem Auftrag, einen Ort der politischen Bildung wie auch der praktizierten Erinnerungskultur und einen Ort des aktiven Gedenkens an die Opfer des Nationalsozialismus zu gestalten, sollten darüber hinaus folgerichtig auch andere Menschenrechts- und Demokratieverletzungen mit Bezug zu Menschen in Duisburg thematisiert werden.

Ziel ist, neben dem Ausmaß der Gräueltaten der NS-Diktatur in Duisburg auch auf noch zeitnähere Menschenrechtsverletzungen und demokratiefeindliche Bestrebungen, wie z. B. durch das SED-Regime in der DDR oder durch religiösen Fundamentalismus, hinzuweisen.